

Liebes Studierendenparlament, Liebe Mitlesende,

als Mitglieder im Referent*innenRat (gesetzl. AStA) der HU Berlin sind wir es eigentlich gewohnt, im Rahmen einer kollegialen Zusammenarbeit Meinungsverschiedenheiten und politische Streitigkeiten intern und in einer möglichst für alle Beteiligten sicheren und geschützten Umgebung auszutragen. Die letzten Entwicklungen im Referent*innenRat (RefRat), dem wir beide seit mehr als zwei Jahren angehören, lassen es aber aus unserer Sicht nicht zu, hinter verschlossenen Türen zu bleiben. Daher haben wir uns entschlossen, mit diesem Schreiben an euch und die Öffentlichkeit zu treten, in der ehrlichen Hoffnung, dass sich im Referent*innenRat etwas verändert.

Uns ist klar, dass es sein kann, dass das, was wir sagen, von Menschen instrumentalisiert wird, deren Ziele wir nicht teilen oder denen wir politisch entgegentreten. Gleichzeitig sehen wir uns nicht länger in der Lage, den Referent*innenRat mitzutragen und durch unser Handeln zu schützen.

Seit über einem Jahr sind wir gemeinsam die Referent*innen für Finanzen. Schon von unseren Vorgänger*innen haben wir beigebracht bekommen, dass dieses Amt in vielen Fällen zwischen den Stühlen sitzt. Einerseits sind wir politisch aktive Menschen, die in ein Kollegialorgan gewählt wurden und als solche darin partizipieren. Andererseits läuft im Finanzreferat regelmäßig der Hauptteil der Verwaltungsarbeit und Verantwortung zusammen, der im RefRat als Körperschaft des öffentlichen Rechts eben anfällt. Nicht selten führt(e) diese Stellung dazu, dass man sich als Finanzreferent*innen unbeliebt macht, etwa wenn auf die Einhaltung von Rechtsvorschriften gepocht oder politisch opportune Entscheidungen abgelehnt werden, wenn diese strukturell schädlich für die Institution RefRat sein könnten. Wir haben uns diese Rolle bewusst ausgewählt - auch weil wir überzeugt waren, dass wir mit den anderen Referent*innen trotz manchmal gegensätzlicher Positionen gemeinsame Lösungen finden können. Und immer wieder haben wir das auch gemeinsam geschafft: wir haben unsere Verwaltungsstrukturen überarbeitet und mit verschiedensten Stellen außerhalb der Studierendenschaft alte Konflikte beigelegt und eine offene und vertrauensvolle Arbeitsebene geschaffen.

Und neben der intensiven Arbeit, die wir, wie alle Referent*innen als Ehrenamt parallel zum Studium leisten, haben wir neue Freund*innenschaften geschlossen, die den Referent*innenRat und alle Gremien der Studierendenschaft für uns auch zu einem zwischenmenschlich bereichernden, sozialen Ort gemacht haben.

Umso mehr tut es uns weh, dass sich dieser Ort seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober für uns zu etwas anderem entwickelt hat. Es fällt uns selbst schwer, nachzuvollziehen, wann welche "rote Linie" überschritten wurde. Daher versuchen wir im Folgenden eine (verkürzte) Chronik der Entwicklungen im Referent*innenRat bis zum jetzigen Zeitpunkt aufzustellen.

Kurz nach dem 7. Oktober hat der RefRat die Abteilung Internationales der HU angefragt, ob sich HU-Studierende aktuell in der Region befinden und allgemein seine Unterstützung angeboten.

Nach diesem Angebot, das folgenlos blieb, hat sich der RefRat vorerst nicht mehr mit dem Thema auseinandergesetzt.

Ab Februar 2024 wurde als Reaktion auf unterschiedliche antisemitische Vorfälle, insbesondere dem Angriff auf den jüdischen Studenten Lahav Shapira von der Politik die Einführung des Ordnungsrechts an Berliner Hochschulen diskutiert. Die ASten der TU und

FU Berlin haben am 5. Februar ein Statement (ohne die sonst übliche Beteiligung des RefRats) zum Angriff auf Lahav Shapira veröffentlicht, in der Folge wurde auch im RefRat-Plenum am 6. Februar erstmalig über das Ordnungsrecht diskutiert.

Die Diskussion über das Ordnungsrecht wurde erneut befeuert, als eine Veranstaltung mit einer Richterin des Obersten Gericht Israels an der HU massiv gestört wurde. Die Debatte im RefRat drehte sich dabei insbesondere um die Frage, ob die Störung dieser Veranstaltung tatsächlich antisemitisch war.

Im Ergebnis entstand ein Statement zum Ordnungsrecht (<https://www.refrat.de/article/PMOrdnungsrecht.html>), wobei Antisemitismus unter der Einschränkung (vermeintlich) völlig umstrittener Definitionen und einer von politisch rechten und rassistischen Akteur*innen unbestritten stattfindenden Vereinnahmung von Antisemitismuskritik formuliert werden sollte. Dass der Angriff auf Lahav Shapira dabei überhaupt benannt wurde, war Ergebnis langer und ausführlicher Diskussionen.

Als am 27. Februar ein Raumantrag für eine Veranstaltung zu Antisemitismus in Deutschland mit öffentlich bekannten Expert*innen aus der Antisemitismusforschung an den RefRat gestellt wurde, wurde dieser vom RefRat nicht bearbeitet, da das Plenum die Veranstaltung nicht gut fand.

Beim Plenum am 19. März wurden das Bündnis "handsoffstudentrights" und geplante Treffen von verschiedenen Gruppen (darunter Klasse gegen Klasse, Zora und Young Struggle) zum Thema "Ordnungsrecht gegen Studierende" im RefRat diskutiert: das RefRat-Plenum beriet darüber, ob aufgrund mehrerer bindender Unvereinbarkeitsbeschlüsse des Studierendenparlaments zu Klasse gegen Klasse und BDS der RefRat weiter an den Treffen teilnehmen dürfe. Eine inhaltliche Distanzierung von den Gruppen und ihren offen antisemitischen Positionen (Young Struggle bezeichnet den antisemitischen Angriff der Hamas auf Israel beispielsweise als „Freiheitskampf“) konnte das Plenum nicht zustande bringen, vielmehr standen die Gemeinsamkeiten, insbesondere bei der Ablehnung des Ordnungsrechts, im Vordergrund. Beschlossen wurde, dass Referent*innen weiter teilnehmen, der RefRat bei der Beschaffung von Räumen und Organisatorischem weiterhelfen würde und allgemein für die vertretenen Gruppen ansprechbar sei. Die Zusammenarbeit endete wegen Überlastung, die Plakate und Banner der Gruppe lagern bis heute im RefRat, auch sind Referent*innen noch im Bündnis aktiv.

Als es am 03. März zu einem "Sit-in" vor dem Hauptgebäude der HU kam, übernahmen einzelne Referent*innen für den RefRat eine Vermittlungsrolle gegenüber der Universitätsleitung. Auf der Versammlung kam es immer wieder zu klar antisemitischen Parolen, der RefRat konnte sich in seiner Nachbearbeitung des Vorfalls aber nur dazu bringen, Anlaufstellen für Betroffene von Polizeigewalt über seine Kanäle zu teilen. Eine Positionierung zu dem Antisemitismus, der auf der Versammlung offen kundgetan wurde fehlte jedoch ebenso, wie ein Hinweis auf Anlauf- und Beratungsstellen für Betroffene von Antisemitismus.

In einer weiteren Plenumsdiskussion am 07. Mai kam von einzelnen Referent*innen der Wunsch, ein Statement zum Sit-In verfassen. Der Fokus lag hierbei wieder auf polizeilicher Repression, hinsichtlich Antisemitismus wollte man sich mit einem Verweis auf eine lange aufgeschobene Beschlusslage zur Einrichtung einer Antisemitismusberatung der Studierendenschaft begnügen. In der Folge wurde die Frage diskutiert, ob sich die Situation von Jüdinnen*Juden an den Universitäten eher als "untragbar" oder nur "ungünstig" beschreiben lasse - Diskussionen, die eigentlich schon deutlich gemacht haben, dass manche Referent*innen an einer ernsthaften Auseinandersetzung mit Antisemitismus kein Interesse

haben. Im selben Plenum wurde beschlossen, für eine Veranstaltung zum sogenannten "Nakba-Tag" einen Raum zur Verfügung zu stellen.

In den folgenden zwei Plena (am 14. und 21. Mai) wurde im RefRat versucht ein gemeinsames Statement zur Lage an den Hochschulen zu verfassen. Während ursprünglich vorgesehen war, ein Statement zur Ablehnung von polizeilicher Präsenz und Polizeigewalt auf dem Campus (dieses Statement war sich fast einhelliger Zustimmung sicher) und ein weiteres zu Antisemitismus zu verfassen, wurde bei der zweiten Verhandlung darüber von einzelnen Referent*innen die Relevanz und Existenz von Antisemitismus grundsätzlich in Frage gestellt ("Manche Menschen hören auch Antisemitismus, weil sie ihn hören wollen"). Zu einer Veröffentlichung kam es nicht, da am 22.05.24 das Institut für Sozialwissenschaften besetzt wurde.

Auch hier hat sich der Referent*innenRat unmittelbar beteiligt. Während zunächst noch eine Deeskalation durch Schaffung von Gesprächskanälen zwischen Besetzer*innen (die für Studierende gehalten wurden) und der Universitätsleitung angestrebt wurde, waren andere Referent*innen unseres Wissens nach aktiv Teil der besetzenden Gruppen und nutzten ihre Rolle als Mitglieder der Studierendenvertretung dafür aus. Als am 23. Mai morgens nach einem Rundgang von Referent*innen durch das Institut das gesamte Ausmaß der Zerstörung und des offenen antisemitischen Hasses einschließlich Morddrohungen bekannt wurde, entschloss sich der Referent*innenRat kurzfristig, seine Vermittlungsrolle aufzugeben. Einzelne Referent*innen sahen dies jedoch offensichtlich anders und waren weiter Teil der Besetzung.

Am 14. Juni stellte der Referent*innenRat im Studierendenparlament einen Antrag auf Gewährung von Rechtsschutz für die beteiligten Referent*innen in Form der Übernahme von Kosten für Rechtsberatung und -vertretung sowie gegebenenfalls Prozesskosten. Als Begründung wurde angeführt, dass die betroffenen Referent*innen in Ausführung ihrer Amtspflichten an der Besetzung beteiligt gewesen seien, wohlwissend, dass zumindest einzelne Referent*innen ohne einen entsprechenden Auftrag und als Unterstützer*innen an der Besetzung beteiligt waren. Für uns war dieser Beschluss ein neuer Tiefpunkt der fehlenden Auseinandersetzung mit Antisemitismus im RefRat. Dieser reiht sich ein in Gesprächsrunden und Diskussionen, die im Nachgang der Besetzung an der Tagesordnung waren. Als der RefRat ein Statement zum Geschehen im Institut für Sozialwissenschaften schreiben wollten, wurde vorgeschlagen, den Absatz zu Antisemitismus doch ganz zu streichen, er sei zu umstritten.

Bereits vor der Sitzung des Studierendenparlaments im Juni hatten wir Pläne, von unserem Amt zurückzutreten. Nur weil wir uns entschieden hatten, einen neuen Versuch zu starten, eine Beratungs- und Strukturaufbau-/Koordinierungsstelle zu Antisemitismus in der Studierendenschaft aufzubauen, wollten wir bleiben. In der Sitzung des Studierendenparlaments am 14. Juni haben wir diesen Antrag dann trotz scharfer Kritik und großen Misstrauens des Referent*innenRats eingebracht und ein Mandat zur Umsetzung des Beschlusses erhalten.

Mit diesen Eindrücken ging der Referent*innenRat mehr oder weniger in die Sommerpause.

Wir nutzten diese Zeit, um an der Umsetzung der beschlossenen neuen Stelle zu arbeiten. Wir führten Gespräche mit jüdischen Studierenden, standen im Kontakt mit Mitgliedern der Gruppe Tacheles und dem Büro der Antisemitismusbeauftragten der HU. Auch mit externen ausgewiesenen Expert*innen in der Antisemitismusforschung nahmen wir Kontakt auf und holten uns Feedback ein. Ein außergewöhnliches Verfahren, dass in der Vergangenheit bei

keiner Schaffung einer neuen Stelle praktiziert wurde, Aber da uns klar war, dass diese Stelle in jedem Fall mit enormem Gegenwind, gerade auch aus dem Referent*innenRat, zu kämpfen haben würde, war uns wichtig, jeden Aspekt, von Ausschreibung über Stellenprofil bis Büroräumen im Vorfeld zu klären, damit wenigstens etwas Sicherheit bestehen würde. Nachdem Ausschreibung, Fragenkatalog und Bewertungskriterien für die Bewerbungsgespräche am 10. September im Referent*innenRat beschlossen wurden, schrieben wir die Stelle aus. Uns erreichten sechs beeindruckende Bewerbungen von Personen, die alle enorm qualifiziert waren und den ohnehin hohen Anforderungen der Stelle sicherlich gerecht geworden wären. Doch bevor wir am 30. Oktober und 01. November wie geplant Bewerbungsgespräche durchführen konnten, beschloss der Referent*innenRat auf starkes Drängen einiger weniger Referent*innen im Plenum am 29. Oktober (dem Vorabend der ersten Gespräche), entgegen dem Beschluss des Studierendenparlaments, uns das Verfahren zu entziehen. Der RefRat beschaffte sich entgegen aller Praxis die Kontaktdaten der Bewerber*innen und sagte die Gespräche unter Verweis auf angebliche Verfahrensfehler ab. Uns wurde mitgeteilt vom RefRat mitgeteilt, dass das Plenum unabhängig von den Bewerber*innen keiner Empfehlung, die wir aussprechen würden, zustimmen würde.

Dies war für uns die letzte Grenzüberschreitung, die wir in dieser Struktur erleben konnten. In der Chronologie der Ereignisse fällt es uns selbst schwer, nachzuvollziehen, warum wir uns an diesem und nicht schon an einem anderen Punkt entschieden haben, den Referent*innenRat zu verlassen und den massiven Antisemitismus, der sich dort breit gemacht hat und den auszuleben sich einige Referent*innen viel zu wohl fühlen, öffentlich zu machen. Im Rückblick sagen wir klar: wir hätten es nicht so weit kommen lassen dürfen. Denjenigen, die im Umfeld der RefRat-Struktur teils unauffälliger gegen Antisemitismus aktiv sind, denjenigen, die in den Fachschaften für alle Studierenden arbeiten und den Angestellten der Studierendenschaft, die wichtige Arbeit für alle Studierenden machen und teils existenzsichernde Arbeit leisten, möchten wir danken. In der langen Zeit die wir im Referent*innenRat waren, haben wir mit unglaublich vielen engagierten Personen, ob im Ehrenamt oder angestellt, zusammenarbeiten können und wir sind dankbar für diese Zeit.

Als Referent*innen können wir aber nicht mehr produktiv sein. Wir können nicht, obwohl einzelne Referent*innen sich das so vorstellen, "nur die Verwaltung" machen und "uns bei Inhalten raushalten".

Während am 29. Oktober das Plenum beschloss, eine Veranstaltung der antisemitismuskritischen Gruppe Tacheles nicht zu teilen, schlugen Referent*innen am 05. November eine Solidarisierung mit der Gruppe Young Struggle vor. Hierzu können wir uns nicht raushalten. Der Referent*innenRat hat ein massives Antisemitismusproblem und das liegt nicht nur an Einzelpersonen, sondern ist in der Struktur inzwischen gefestigt.

Wir hoffen, dass der Referent*innenRat irgendwann wieder eine Struktur sein kann, die die Arbeit, die früher dort gemacht wurde, nämlich der unermüdliche Einsatz für alle Studierenden, gegen jegliche Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit wieder aufnimmt und kritischen Studierenden einen Ort für Austausch und Gemeinschaft bietet.

Um hierauf hinzuarbeiten haben wir aber in diesem RefRat nicht mehr die Kraft.

Daher erklären wir mit sofortiger Wirkung unseren Rücktritt von den Ämtern als Haupt- und Co-Referent*in für Finanzen. Dieses Schreiben ist dem Präsidium des Studierendenparlaments bereits in der vorgeschriebenen Form zugegangen.

Carl und Franzl